

# Es ist noch ein weiter Weg zum Windpark Chall

**Alternativenergie** Die Solothurner Regierung ist nicht auf die Beschwerden der Gegner von Windanlagen auf der Challhöchi eingetreten. Doch diese lassen sich nicht beunruhigen und zeigen sich überzeugt, dass ihr Abwehrkampf Erfolg haben wird.

Alex Reichmuth

Für die einen wäre es ein Symbol für eine nachhaltige Energiezukunft, für die anderen hingegen ein Sündenfall in Sachen Landschaftsschutz: Auf der Challhöchi, einem bewaldeten Hügel zwischen dem Lützelal und dem Leimental nahe der französischen Grenze, sollen fünf Windräder gebaut werden. Jedes hat eine Nabenhöhe von 140 Metern und einen Rotordurchmesser von 120 Metern. Insgesamt würden die Türme also 200 Meter in die Höhe ragen und wären entsprechend weithin zu sehen. Zu stehen kämen die Windräder auf den Gebieten der Baselbieter Gemeinden Röschenz und Burg im Leimental sowie der Solothurner Gemeinde Kleinlützel.

Interesse, einen Windpark auf dem Chall zu bauen, haben die Industriellen Werke Basel (IWB). Schon seit 2010 arbeiten sie an entsprechenden Plänen. Glaubt man der Website von IWB, sollen die Voraussetzungen ziemlich günstig sein: «Der Standort ist weit entfernt zu Wohngebieten, er ist verkehrstechnisch gut erschlossen, das Gebiet ist kein Naturschutzgebiet und weist gute Windverhältnisse auf.» Laut bösen Zungen soll der Windpark Challhöchi für IWB aber vor allem ein Prestigeprojekt sein.

## 13 Beschwerden der Gegner

Voraussetzung, dass auf dem Chall je gebaut wird, ist jedenfalls, dass die Challhöchi als Potenzialgebiet für einen Windpark in den Richtplan des Kan-



Der Windpark Chall, vom Kleinlützler Schulhaus Eich aus gesehen (Fotomontage).

tons Solothurn aufgenommen wird. Das ist bis heute nicht der Fall – im Gegensatz zum Baselbieter Teil des Gebiets, das bereits als Potenzialgebiet ausgeschrieben ist.

Der Gemeinderat von Kleinlützel steht den Windparkplänen mehrheitlich positiv gegenüber. Im letzten Februar hat er darum dem Kanton Solothurn beantragt, die Challhöchi als entsprechendes Potenzialgebiet zu bezeichnen – mit fünf gegen zwei Stimmen. Doch die Gegnerschaft

eines Windparks auf dem Chall ist stark, auch in Kleinlützel. Elf Privatpersonen haben gegen diesen Beschluss des Gemeinderats Beschwerde eingereicht. Eine weitere Beschwerde kam vom Verein Wind-Still, der das Windprojekt bekämpft, und eine von der Gemeinde Burg i.L., die ganz offiziell dagegen ist.

Die Solothurner Regierung, die die Beschwerden behandeln musste, ist nun aber letzte Woche nicht auf diese eingetreten. Die Rekurrenten seien nicht be-

schwerdeberechtigt gewesen, befand die Regierung. Denn der Entscheid des Gemeinderats sei weitgehend strategischer Natur und könne darum nicht mittels Beschwerden bekämpft werden.

## Verbindliche Abstimmung

Bedeutet dieser Entscheid der Solothurner Regierung, dass die Befürworter des Windparks ihrem Projekt nun einen Schritt näher gekommen sind? «Wir sind zufrieden mit diesem Entscheid», sagt jedenfalls Martin

Borer (SP), Gemeindepräsident von Kleinlützel. Der Entscheid gestatte, dass mit dem Fahrplan für einen Windpark wie geplant weitergefahren werden könne.

Zuerst müsse man nun abwarten, ob der Kanton Solothurn das fragliche Gebiet wie beantragt als Potenzialgebiet für einen Windpark ausscheide. Falls das passiere, so Borer, stehe das Nutzungsplanverfahren an, in dessen Rahmen detaillierte Abklärungen getroffen würden und insbesondere auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgesehen sei. Wie bereits angekündigt, werde die Gemeinde eine Konsultativabstimmung zum Windpark durchführen, sobald alle Fakten auf dem Tisch lägen. Der Gemeinderat werde sich an das Resultat dieser Abstimmung halten, versichert Borer.

Zurückhaltend äussert man sich bei den IWB über den Entscheid der Solothurner Regierung. Dass diese nicht auf die 13 Beschwerden eingetreten ist, sei zwar erfreulich, sagt Mediensprecher Reto Müller. Von Bedeutung sei aber vor allem der noch anstehende Entscheid, ob Solothurn den Chall tatsächlich als Potenzialgebiet in den Richtplan aufnimmt. Auf die Stärke der Gegnerschaft eines Windparks angesprochen, betont Müller, dass die IWB schon seit Beginn des Projekts in Diskussion mit allen Stakeholdern seien und das auch weiterhin anbieten. Eine Prognose, ob die Windräder je gebaut werden, will der IWB-Sprecher nicht machen.

Die Windpark-Gegner zeigen sich auf Anfrage keinesfalls ent-

täuscht, dass die Solothurner Regierung nicht auf ihre Beschwerden eingetreten ist. «Es war von Anfang an klar, dass wir damit nicht durchkommen», sagt etwa Christoph Keigel, Sprecher des Vereins Wind-Still. Es sei den Gegnern vor allem darum gegangen, Widerstand gegen den geplanten Windpark zu signalisieren. Zudem, so Keigel, wisse man nun dank der Antwort der Solothurner Regierung einiges darüber, welche Bedingungen diese grundsätzlich punkto Beschwerdefähigkeit stelle. Das sei wichtig, wenn sich die Gegner in ein künftiges Nutzungsplanverfahren einschalten würden.

## «Es hat zu wenig Wind»

Ganz generell ist Christoph Keigel von Wind-Still zuversichtlich, dass der Windpark Challhöchi nie realisiert wird. «Es hat zu wenig Wind, darum sind ja auch andere Projekte etwa in Liesberg oder auf dem Meltlingerberg abgeblasen worden.» Zudem seien die Abstände auf dem Chall zu bebautem Gebiet zu klein, und die Rotoren würden zu viel Lärm erzeugen. Der Windpark habe höchstens dann eine Chance, realisiert zu werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen deutlich abgeschwächt und zudem die Subventionen, die man für Windstrom abholen kann, massiv erhöht würden.

«Am Ende wird die Vernunft obsiegen», ist sich Windpark-Gegner Keigel sicher. Klar ist auf jeden Fall, dass es bis zur Verwirklichung von Windanlagen auf der Challhöchi noch ein weiter Weg ist.

# Daniela Schneeberger: «Die KMU sind das Rückgrat der Wirtschaft»

**Baselland** Die Bürgerlichen stellen sich hinter die freisinnige Ständeratskandidatin.

Von der SVP bis zur CVP erhält sie Unterstützung: Nationalrätin Daniela Schneeberger soll den Kanton Baselland in den kommenden vier Jahren im Ständerat vertreten. An der Medienkonferenz ihres Unterstützungskomitees waren sich alle einig: Ihr Einsatz für den Wirtschaftsstandort Baselland würde aus ihr die ideale Ständerevertreterin in Bern machen. «Die kleinen und mittleren Unternehmen sind das Rückgrat der Wirtschaft», erklärte die Kandidatin bei ihrem Auftritt an einem symbolträchtigen Ort: im Business Parc in Reinach.

Vielleicht lag es auch am Auftrittsort: An der Medienkonferenz wurde fast ausschliesslich über Wirtschaftspolitik gesprochen. «Wir brauchen mehr Unternehmerinnen und Unternehmer im Ständerat», meinte Klaus Endress, Verwaltungsratspräsident von Endress + Hauser und freisinniger Gemeinderat in Reinach.

«Daniela Schneeberger arbeitet in Bern an Lösungen, die unsere Wirtschaft und unseren Wirtschaftsstandort stärken», sagte Nationalratskollegin Sandra Sollberger von der SVP. «Daniela Schneeberger ist gegen die Regulierungswut und kennt die Praxis der KMU», sagte CVP-Landrat Marc Scherrer. Und FDP-Präsidentin und Landrätin Sas-

kia Schenker ist überzeugt von den Macherqualitäten der Vizepräsidentin des Gewerbeverbands. Schneeberger habe sich in Bern als modern und unternehmerisch denkende Frau positioniert, die nahe an den Menschen und der Wirtschaft politisiere.

## Universalpolitikerin

Schneeberger selber stellte klar, dass es ihr um mehr gehe als um die Anliegen der Wirtschaft. Ein Ständeratsmitglied sei «ein Universalpolitiker oder eine Universalpolitikerin», die möglichst viele Politikfelder abdecke. «Ich kenne die Anliegen der Bevölkerung auf dem Land wie auch in der stadtnahen Agglomeration», beteuerte sie.

Sie wisse auch um die Bedürfnisse der jungen Generation, denn sie verfüge über ein enges Netz zum Sport, zur Bildung und zu den Vereinen. Das Wichtigste sei für sie, dass sie pragmatisch, kompromissfähig und sachpolitisch arbeite. Schneeberger: «Ich bin eine Frau, die anpackt und Lösungen findet – über die Parteigrenzen hinweg.»

Sachpolitisch nahm Schneeberger Stellung zu einigen regionalen Themen. Sie engagiert sich für das Herzstück der Regio-S-Bahn, für den Ausbau der Autobahn A2 auf sechs Spuren und für den Rheintunnel. Sie ist für



Sie will den Baselbieter Ständeratssitz wieder bürgerlich besetzen: die Freisinnige Daniela Schneeberger. Foto: Stefan Leimer

eine Förderung der Berufslehre und setzt sich für die Vertretung des Kantons Baselland im Hochschulrat ein.

Zu den grossen Themen des Wahlkampfs äusserte sich Schneeberger vorsichtig. Bei der

Umweltpolitik ist sie für Eigenverantwortung und gegen Verbote. Abgebaut werden müssten regulatorische Fehler, welche die ökologische Entwicklung bremsen würden. Bei Gebäudesanierungen sei zu viel reguliert. An-

ders als ihre Partei ist Schneeberger gegen die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoff und den Zuschlag auf Flugtickets.

Vorsichtig meinte sie zum Rahmenabkommen, sie sei für «die Personenfreizügigkeit und ein geregeltes Verhältnis zur EU, das Rechtssicherheit biete». Die Unionsbürger-Richtlinie sei aber «ein absolutes No-go». Für ein Rahmenabkommen müsse auch bei den staatlichen Beihilfen und bei den Arbeitsmarktkontrollen mit der EU noch eine Lösung gefunden werden.

## Breite Unterstützung

In ihrem Wahlprospekt lobt Schneeberger das Baselbiet, in dem «grossartige Menschen» leben würden. Sie wolle wirtschaftlichen Erfolg mit gesellschaftlicher Nützlichkeit und ökologischer Verantwortung in Einklang bringen. Ihr Unterstützungskomitee umfasst eine lange Liste Prominenter, die im Parlament, in der Regierung, in den Gemeinden oder in den Wirtschaftsverbänden aktiv sind oder waren. Darunter sind auch die früheren Ständeräte Hans Fünfschilling und René Rhinow. Ein Prominenter fehlt aber auf der Liste: Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser.

Thomas Dähler

## Nachrichten

### Sozialhilfequote in Baselland stabil

**Liestal** Die Sozialhilfequote ist im Kanton Baselland erstmals seit 2011 nicht angestiegen. Sie verharrte 2018 bei 3,0 Prozent. Die Zahl der Unterstützten ging im vergangenen Jahr gar leicht zurück. Insgesamt wurden 2018 im Baselbiet 8560 Personen von der Sozialhilfe unterstützt, wie der Kanton mitteilte – 48 weniger als im Vorjahr. (sda)

### Bauinvestitionen um 2,7 Prozent gestiegen

**Liestal** Nach einem Rückgang um 5,6 Prozent im Vorjahr hat das Bauvolumen im Kanton Baselland 2018 wieder zugenommen. Investiert wurden total 1,76 Milliarden Franken, 2,7 Prozent mehr als 2017. Zugenommen haben letztes Jahr sowohl die Bautätigkeit der öffentlichen Hand als auch jene von Privaten. (sda)

### Ständeratswahl: CVP mit Stimmfreigabe

**Oberwil** Die Baselbieter CVP verzichtet darauf, einen der vier Ständeratskandidaten zur Wahl zu empfehlen. Eine deutliche Mehrheit ist am Parteitag dem Antrag des Vorstands gefolgt, Stimmfreigabe zu beschliessen. Im Hinblick auf den wahrscheinlichen zweiten Wahlgang soll im Oktober nochmals neu entschieden werden. (jam)